

Motion Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Ruedi Keller, SP): Empowerment-Projekte für Schulabgängerinnen

Die beruflichen und Arbeitsplatz-Perspektiven für Menschen ohne Ausbildung sind heute und in Zukunft schlecht. Deshalb ist es wichtig, dass eine möglichst gute berufliche Grundausbildung für alle möglich ist. Nur so kann eine kontinuierliche Aus- und Weiterbildung überhaupt erfolgreich sein.

Der Übergang von der Volksschule in die Sekundarstufe II ist deshalb eine sehr wichtige Schnittstelle im Leben eines jungen Menschen (siehe auch Antwort auf die Motion „Mentoringprogramme für Jugendliche auf Lehrstellensuche“). Jugendliche am Abschluss der Volksschule brauchen Vorbilder und Unterstützung durch erfolgreiche Jugendliche. Diese können ihnen Wege, Möglichkeiten und Unterstützung bei der Suche nach Lösungen nach der obligatorischen Schulzeit bieten. Für Lehrpersonen sind sie eine zusätzliche Unterstützung und ein wichtiges Angebot bei der Gestaltung des schulischen Unterrichtes am Übergang von der Sek I- zur Sek II-Stufe.

Seit 1998 besteht „Wisniña – Migrantinnen zwischen Schule und Beruf“. Es ist ein Produkt der Migrantinnen-Werkstatt „Wisdonna“, ein Empowerment-Programm für junge Migrantinnen am Ende der obligatorischen Schulzeit. Junge erfolgreiche Migrantinnen in der Sek II-Stufe werden zu Multiplikatorinnen ausgebildet, die „Wisniñas“. Sie erfahren eigenes Empowerment (Verstärken der Stärken, um Schwächen auszugleichen) und bekommen Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt, um fundierte Informationen spannend vermitteln zu können. Anschliessend werden die „Flying Wisniñas“ als Multiplikatorinnen in Schulen und Bildungsinstitutionen eingesetzt. Dort gestalten sie Doppellektionen zum Thema „Migrantinnen und Berufsausbildung“. Sie zeigen auf, wie sie in ihrem Leben mit Schwierigkeiten und Barrieren umgegangen sind und wie sie erfolgreich in die Berufsbildung eingestiegen sind.

Insbesondere für viele Migrantinnen wird der Übergang von der Schule zum Beruf oft zum Stolperstein. Sie stolpern besonders über strukturelle Schranken im (Berufs-) Bildungswesen, auf dem Arbeitsmarkt und im Verhältnis der Geschlechter. Untersuchungen zeigen, dass Migrantinnen dreimal so häufig ohne Berufsausbildung bleiben wie Schweizerinnen. Auch im Vergleich mit männlichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund stehen sie schlechter da.

Eine Überführung des Angebots in eine ordentliche Struktur scheint angesichts des bisherigen Erfolges angebracht. Gleichzeitig müssen Angebote für weitere Zielgruppen koordiniert und ev. „Lücken“ sinnvoll gefüllt werden (Massnahmenpaket 6 „Schnittstelle Sekundarstufe I und Sekundarstufe II“ der Bildungsstrategie der Stadt Bern sowie entsprechende Massnahmen der kantonalen Bildungsstrategie).

Der Gemeinderat wird aufgefordert, folgende Massnahmen einzuleiten:

1. Weiterführung von „Wisniña“ für lehrstellensuchende Migrantinnen und Integration in das reguläre Angebot der Stadt Bern.
2. Aufbau von ähnlichen Angeboten für alle Jugendliche an der Schnittstelle von Sek I zu Sek II.
3. Vorstellig werden bei den kantonalen Behörden, damit diese Angebote als Verbundaufgaben gelöst werden können und Kontinuität gewährleistet ist.

Weil diese Massnahmen in die Kompetenz des Gemeinderates fallen, erhält diese Motion die Bedeutung einer Richtlinie.

Motion Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Ruedi Keller, SP), Beni Hirt, Sarah Kämpf, Maya Widmer, Gisela Vollmer, Giovanna Battagliero, Andreas Krummen, Stefan Jordi, Rolf Schuler, Margrit Stucki-Mäder, Liselotte Lüscher, Béatrice Stucki, Annette Lehmann, Beat Zobrist, Michael Aebersold, Christof Berger, Andreas Flückiger, Margrith Beyeler-Graf, Raymond Anliker, Corinne Mathieu, Thomas Göttin

Antwort des Gemeinderats

Es trifft zu, dass bei der Gestaltung und Organisation der Schnittstelle zwischen der Volksschule und der Berufsbildung Handlungsbedarf besteht. Die statistischen Daten der vergangenen fünf Jahre der Zentralstelle für Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung und der Berufs-, Fach- und Fortbildungsschule Bern (BFF) bestätigen die in der Motion beschriebene Situation junger Migrantinnen und Migranten bei der Berufsfindung, beim Einstieg in die berufliche Ausbildung und später bei der Stellensuche. Schwierigkeiten haben aber auch Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien oder aus bildungsfernen Verhältnissen. Die PISA-Studie belegt, dass Jugendliche aus immigrierten Familien meist in mehrfacher Weise benachteiligt sind. Zunächst erhalten sie aus dem Elternhaus keine ausreichende Unterstützung und Förderung und meist fehlt den Eltern auch die Kenntnis des hiesigen Bildungssystems. Zudem sind die Jugendlichen durch ihre sprachlichen Schwierigkeiten in besonderem Masse gefordert, um dem Unterricht in sämtlichen Fächern folgen zu können. Weil ihre Familien meist ökonomisch schlechter gestellt sind, die Eltern häufig über niedrige Bildungsabschlüsse verfügen und das familiäre Umfeld teils als bildungsfern zu bezeichnen ist, sind die faktischen Leistungsrückstände der Jugendlichen aus immigrierten Familien grösser, als es auf Grund ihrer sprachlichen Sozialisation eigentlich zu erwarten wäre. Die PISA-Studie zeigt auch auf, dass die Mädchen mit Migrationshintergrund schlechtere Berufsaussichten haben als die Knaben.

In der Bildungsstrategie der Stadt Bern hat der Gemeinderat Massnahmen vorgegeben, welche die Chancen der Jugendlichen aus bildungsfernen Familien sowie der Schülerinnen und Schüler aus den Realklassen und Kleinklassen der Sekundarstufe I beim Übergang von der Volksschule in die Berufsschule verbessern sollen. Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport steht zudem seit längerer Zeit mit der Erziehungsdirektion des Kantons Bern, den Berufsschulen und dem Schulinspektorat in Verhandlung, wie die Schnittstelle Sekundarstufe I - Sekundarstufe II zusammen mit den Volksschulen neu konzipiert werden muss, um die Chancen der Jugendlichen zu fördern.

Der Gemeinderat teilt die Auffassung der Motionierenden, dass Massnahmen zu treffen sind und dabei ganz besonders auch die Interessen der Schulabgängerinnen wahrzunehmen sind. Zurzeit sind bereits einige Projekte am Laufen.

Begleitende Angebote	Zielgruppen	Trägerschaft
Lehrstellennachweis Bern	Jugendliche, junge Erwachsene, Eltern	Kompetenzzentrum Arbeit KA
ioJob; Motivationssemester	Jugendliche, junge Erwachsene	Kompetenzzentrum Arbeit KA
Junior Job service	Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Anschlusslösung	Zentralstelle für Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung
incluso	Junge Migrantinnen der Se-	Informationsstelle für Aus-

	kundarstufe I und II	länderinnen- und Ausländerfragen
Avanti	Projektwoche für Volksschul- klassen	noch offen; zur Zeit Netzwerk Avanti futur
[to do]; Motivationssemester	Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Lehr- stelle	Kompetenzzentrum Arbeit KA
Kamäleon	Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I sowie Lehrlinge aus dem Stadtteil 6	Büro offene Jugendarbeit der reformierten Kirchgemeinde Bethlehem
wisniña	Junge Migrantinnen im Alter von 13 bis 20 Jahren	Christlicher Friedensdienst CFD

Angestrebt wird eine Strategie, die von allen Verantwortlichen getragen und im Verbund realisiert und finanziert wird (Stadt, Kanton, beteiligte Bildungsinstitutionen, private Anbietende, Wirtschaft). Aus diesen Gründen ist der Gemeinderat nicht bereit, die Forderungen als Motion – sie hätte die Bedeutung einer Richtlinie – entgegen zu nehmen. Er begrüsst sie in Form eines Postulats.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.

Bern, 21. September 2005

Der Gemeinderat